

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Drogenpolitik

Nr. 033/16 vom 21. Januar 2016

Hans-Hinrich Neve zu TOP 37: Das Thema "Schnüffeln" muß mehr Aufmerksamkeit bekommen

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Mein Dank gilt der Ministerin für den erstellten Bericht. Richtig ist: Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft und es wird sie vermutlich auch nie geben. Rauscherfahrungen werden immer für manche Menschen einen Reiz darstellen. Dieses finden wir in der Menschheitsgeschichte in fast allen Kulturen.

Ob die „legalen“ Drogen wie Alkohol und Tabak nun lediglich eine gewisse gesellschaftliche Akzeptanz haben oder „Kulturgüter“ sind - wie Sie es in Ihrem Bericht nennen - sei mal dahingestellt. Für die „legalen Drogen“ Alkohol und Tabak gibt es in unserem Land eine Vielzahl von Beratungsangeboten, die gut sind – sofern sie von den Betroffenen auch in Anspruch genommen werden. Ein Dank möchte ich an dieser Stelle auch allen aussprechen, die sich ehrenamtlich in der Suchtarbeit engagieren und damit nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch deren Angehörigen und Freunden eine große Stütze sind. Ich gebe Ihnen recht, dass es dennoch viele Bereiche gibt, die unsere Aufmerksamkeit und unser Handeln erfordern. In Ihrem Bericht sprechen Sie die Mediensucht oder neue illegale Suchtstoffe bereits an.

Crystal Meth, Badesalz oder auch Flakka. Um nur einige dieser neuen illegalen

Suchtstoffe zu nennen - können schnell und einfach irgendwo im Keller oder in der Küche hergestellt werden und sind hochgefährlich. Im Bericht fehlt mir allerdings das Thema Schnüffeln, welches uns durch den tragischen Tod einer Schülerin im vergangenen Jahr doch intensiver beschäftigt hat. Aber ich bin guter Dinge, dass wir da zu einem gemeinsamen Ziel kommen und auch diesen Bereich mit in die Suchtarbeit aufnehmen.

Besorgniserregend ist, dass vor allem Menschen mit Migrationshintergrund einen starken Anstieg beim Thema Sucht zu verzeichnen haben. Eine Zunahme von 7 Prozent auf 23 Prozent beim pathologischen Glücksspiel innerhalb von drei Jahren muss uns aufhorchen lassen. Und dabei gehe ich davon aus, dass die große Flüchtlingswelle des vergangenen Jahres bei der Erstellung des Berichtes noch keine Rolle gespielt hat.

Über diese Entwicklung sollten wir uns im Ausschuss nochmal unterhalten, wie diese Gruppe angesprochen werden kann und wie im Bericht ja auch genannt, die Hürden in der Suchtkrankenhilfe abgebaut werden können. Der Bericht befasst sich auch ausführlich mit der Umstellung der Finanzierungspraxis und zeigt, dass die bereits im Jahr 2011 abgeschlossene Rahmenvereinbarung zur Kommunalisierung der Mittel richtig war. Dass sowohl die Einrichtungen als auch die Kommunen die Umstrukturierung als positiv und verwaltungsvereinfachend bewerten, belegt dies eindeutig.

Im Ausschuss sollten wir dennoch darüber sprechen, wie wir einen noch stärkeren Fokus auf Prävention und Aufklärung legen und wie aktuelle Entwicklungen auch zügig in die Suchtarbeit aufgenommen werden können.

Ich bitte daher um Ausschussüberweisung!